

Trier/Saarbrücken/Berlin, 01. November 2021

<u>Stellungnahme</u>

des Fachbereichs Künstliche Intelligenz der Gesellschaft für Informatik e.V. (GI)

KI-Expert*innen und KI-Wissenschaftler*innen gegen autonome, letale Waffensysteme

Priv.-Doz. Dr. Matthias Klusch, Prof. Dr.-Ing. Ingo J. Timm Sprecher des FB Künstliche Intelligenz (FBKI) der GI e.V.



Als Expert*innen und Wissenschaftler*innen im Bereich der Künstlichen Intelligenz (KI) in Deutschland freuen wir uns über das öffentliche Interesse und die vielfältige Förderung der KI durch die Bundesregierung. Gleichzeitig richten wir uns gegen Entwicklung und drohenden Einsatz von autonomen Waffensystemen mit Entscheidungsgewalt zur Tötung von Menschen. Wir unterstützen die Forderung renommierter Forscher*innen in einem offenen Brief an eine neue Bundesregierung, sich für ein internationales Abkommen zur Autonomie in Waffensystemen einzusetzen und das im Koalitionsvertrag festzuhalten [1].

In der KI-Forschung wurden in den letzten Jahrzehnten spektakuläre Fortschritte erzielt. In zahlreichen Bereichen, z.B. in der Medizin und dem Verkehr, kann der Einsatz dieser Technologien einen großen Beitrag zum Wohle unserer Gesellschaft leisten. Doch wie bei allen technologischen Entwicklungen gibt es positive und negative Anwendungsmöglichkeiten von KI und Robotik: Das Problem ist der Dual-Use, also der missbräuchlichen und gesellschaftsgefährdenden Nutzung von Innovation, die anders eingesetzt aber ein hohes Nutzenpotential für die Gesellschaft besitzt. Dies ist eine inhärente Herausforderung für die Informatik und wird seit Gründung der Gesellschaft für Informatik (GI) vor mehr als 50 Jahren von dieser kritisch begleitet. Das Potential von Künstlicher Intelligenz zur Entwicklung von letalen autonomen Waffensystemen stellt jedoch eine derart große Gefahr dar, dass neben einer wissenschafts- und fachinternen Ethikdiskussion auch ein gesellschaftlicher Konsens über die Grenzen ihrer Entwicklung und Nutzung erforderlich ist.

Vor diesem Hintergrund bringen wir als KI-Expert*innen und KI-Wissenschaftler*innen unsere tiefe Besorgnis über die Entwicklung autonomer Waffensysteme mit Entscheidungsgewalt zur Tötung von Menschen generell zum Ausdruck. Solchen Waffensystemen fehlt eine bedeutsame menschliche Kontrolle, d.h. sie können auch ohne jegliche menschliche Intervention Ziele einschließlich Menschen eigenständig auswählen und bekämpfen. Eine entsprechende Übertragung der Entscheidungsgewalt über Leben und Tod an Maschinen lehnen wir kategorisch ab.

Wir teilen unsere Sorge mit tausenden internationalen Kolleg*innen, zahlreichen Geschäftsführer*innen sowie Expert*innen weltweit, die seit 2015 offene Briefe verfassten und ein völkerrechtlich verbindliches Verbot dieser Waffen fordern. Wie in der Stellungnahme der GI zur KI-Strategie der Bundesregierung [2] fordern wir daher die Koalitionäre und die künftige Bundesregierung auf, sich diesem Thema entschlossen zu stellen, eine Führungsrolle auf internationaler Bühne zu übernehmen und mit ihren europäischen Partnern entschieden für eine völkerrechtliche Ächtung von autonomen Waffensystemen mit Entscheidungsgewalt zur Tötung von Menschen (Lethal



Autonomous Weapon Systems, LAWS, [3, 4, 5]) im Rahmen der UN-Waffenkonvention einzusetzen und ihre weitere Erforschung auf nationaler Ebene streng zu regulieren.

Die Entwicklung und der Einsatz dieser Waffensysteme werfen schwerwiegende Probleme mit der Vereinbarkeit des humanitären Völkerrechts auf, bedrohen Menschenrechte sowie die in Artikel 1 des Deutschen Grundgesetzes fest verankerte Unantastbarkeit der Menschenwürde. Einmal entwickelt, könnten diese Waffensysteme die Schwelle für die Beteiligung an bewaffneten Konflikten senken und deren Austragung in bisher ungekanntem Ausmaß ermöglichen. Zudem kann die Entwicklung solcher Waffensysteme zu einem teuren militärischen Wettrüsten führen und deren Verbreitung regionale wie globale Konflikte helfen auszulösen oder zuzuspitzen. Darüber hinaus bestehen erhebliche Fragen hinsichtlich der Verantwortungszuordnung: Beispielsweise ist es aktuell völlig unklar, wer im Fall eines Fehlverhaltens solcher Waffensysteme zur Verantwortung gezogen wird und wie dies erfolgen soll.

Es sind daher unserer Meinung nach dringendst Maßnahmen erforderlich, um diese Bedenken hinreichend zu adressieren. Sobald die Büchse der Pandora einmal ohne Bedingung geöffnet ist, wird es sehr schwer sein, diese wieder zu schließen. Daher fordern wir die zukünftige Bundesregierung und den neuen Bundestag eindringlich auf, sich unmittelbar den internationalen Bemühungen für ein präventives, völkerrechtlich verbindliches Verbot von solchen autonomen Waffensystemen anzuschließen und auf nationaler Ebene einen entsprechend geeigneten Beschluss zu fassen.

- [1] Offener Brief: Initiative für ein internationales Abkommen zur Autonomie in Waffensystemen. https://autonomewaffen.org
- [2] Stellungnahme der Gesellschaft für Informatik (GI e.V.) zur KI-Strategie der Bundesregierung, 30.11.2018. https://fb-ki.gi.de/fileadmin/FB/KI/2018-11-30 Stellungnahme KI-Strategie MKIT2.pdf
- [3] Stellungnahme der Gesellschaft der Gesellschaft für Informatik (GI e.V.) zu "Tödliche autonome Waffensysteme (LAWS) müssen völkerrechtlich geächtet werden", 27.02.2019. https://fb-ki.gi.de/fileadmin/FB/KI/user_upload/GI-Stellungnahme_LAWS_2019-02.pdf
- [4] Autonomous Weapons: An Open Letter from AI & Robotics Researchers. https://futureoflife.org/open-letter-autonomous-weapons/
- [5] Campaign to Stop Killer Robots. https://www.stopkillerrobots.org



Über den Fachbereich Künstliche Intelligenz der Gesellschaft für Informatik e.V.

Der Fachbereich Künstliche Intelligenz (FBKI) ist Träger der wissenschaftlichen Arbeit der Gesellschaft für Informatik (GI) auf allen Teilgebieten der Künstlichen Intelligenz (KI), wobei sowohl die theoretischen, die software- und hardwaretechnischen Aspekte und die Verbindungen zu Anwendungsgebieten abgedeckt werden. Die GI ist die größte Fachgesellschaft für Informatik im deutschsprachigen Raum und vertritt seit 1969 die Interessen der Informatikerinnen und Informatiker in Wissenschaft, Wirtschaft, öffentlicher Verwaltung, Gesellschaft und Politik.

Weitere Informationen finden Sie unter www.kuenstliche-intelligenz.de.